

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Vorschlag eines Jahresberichtes über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft »EG-Dok. R/2473/77 (FIN 623)«

Inhalt

Seite

Vorbemerkung	3
I. Wirtschaftslage der Gemeinschaft	3
II. Wirtschaftliche Aussichten und Ziele für 1978	4
III. Leitlinien für die Wirtschaftspolitik im Jahre 1978	5
a) Allgemeine Leitlinien	5
b) Leitlinien für die Mitgliedstaaten	
— Dänemark	7
— Bundesrepublik Deutschland	8
— Frankreich	8
— Irland	9
— Italien	10
— Niederlande	10
— Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion	
Belgien	11
Luxemburg	11
— Vereinigtes Königreich	11
IV. Schlußfolgerung	12
Statistischer Anhang	13

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates vom ... 1977 zur Verabschiedung des Jahresberichts über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für 1978

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 74/120/EWG des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹⁾, geändert durch die Entscheidung 75/787/EWG²⁾, insbesondere auf Artikel 4,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments³⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁴⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

¹⁾ ABl. Nr. L 63 vom 5. März 1974, S. 16

²⁾ ABl. Nr. L 330 vom 24. Dezember 1975, S. 52

³⁾ ABl. Nr.

⁴⁾ ABl. Nr.

Der Rat hat am 25. Juli 1977⁵⁾ die Entscheidung 77/492/EWG getroffen und damit der Analyse der Wirtschaftslage zugestimmt, die in der Mitteilung der Kommission vom 7. Juli 1977 enthalten war, welche insbesondere der Vorbereitung der Staatshaushalte für 1978 diene; die Mitgliedstaaten verfolgen gemäß dieser Entscheidung eine Wirtschaftspolitik, die mit den Leitlinien zur Vorbereitung der Staatshaushalte für 1978 übereinstimmt, die im Anhang der erwähnten Entscheidung niedergelegt sind —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

1. Der Rat verabschiedet den im Anhang in den Teilen I und II enthaltenen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt die in den Teilen III und IV enthaltenen Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Jahr 1978 fest.
2. Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

⁵⁾ ABl. Nr. L 204 vom 10. August 1977, S. 6

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts vom 15. November 1977 — 14 — 680 70 — E — Wi 17/77.

Der Jahresbericht ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 18. Oktober 1977 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem genannten Papier ist vorgesehen.

Mit der alsbaldigen Beschlußfassung durch den Rat ist zu rechnen.

Vorschlag eines Jahresberichts über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft

Vorbemerkung

Nach Artikel 4 seiner Entscheidung vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (74/120/EWG), geändert durch seine Entscheidung vom 18. Dezember 1975 (75/787/EWG), verabschiedet der Rat im Laufe des vierten Vierteljahrs auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im folgenden Jahr fest. Sobald der Jahresbericht vom Rat angenommen ist, geben die Regierungen ihn ihren Parlamenten bekannt, damit er bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden kann.

Die in diesem Bericht enthaltenen Leitlinien können anlässlich der Prüfungen, die der Rat später vornimmt, gegebenenfalls den neuen Erfordernissen der Wirtschaftsentwicklung angepaßt werden ¹⁾.

I. Wirtschaftslage der Gemeinschaft

1.1. Die Entwicklung seit Anfang 1977 hat zu einer Wirtschaftslage geführt, die mit den festgelegten Zielen kontrastiert. Die Schwäche der wirtschaftlichen Expansion und die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gehen mit deutlichen Verbesserungen der Zahlungsbilanzen und auch des Preisklimas einher.

1.2. Die Industrieproduktion der Gemeinschaft lag im Sommer kaum über dem 1974 erreichten Höchststand. Das reale Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft ist zwischen dem dritten Quartal 1975, als die Konjunkturerholung einsetzte, und dem entsprechenden Zeitraum von 1977 nur um etwa 8 % gewachsen. Diese Rate ist etwas niedriger als die Wachstumsrate, die bei früheren Zyklen üblicherweise zwei Jahre nach Durchschreiten des unteren Wendepunktes verzeichnet wurde, obwohl der Konjunkturrückgang nie vorher ein Ausmaß wie 1974 bis 1975 erreicht hatte.

Frühere Aufschwünge hatten, wenn auch nach einer unterschiedlichen langen Zeitspanne, stets zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage geführt. Diesmal hat die Zahl der Lohnempfänger leicht abgenommen, und die Arbeitslosenquote ist vor allem wegen hoher Produktivitätsgewinne und der Zunahme der Erwerbsbevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten weiter gestiegen. In der Gemeinschaft insgesamt erreichte sie im dritten Vierteljahr 1977 5,6 % gegenüber 4,8 % zwei Jahre zuvor.

¹⁾ Der Berichtsentwurf wurde am 12. Oktober 1977 von der Kommission verabschiedet.

1.3. Die enttäuschende Entwicklung hat ihren Grund darin, daß diesmal die für frühere Aufschwungphasen charakteristische Selbstverstärkung der Expansion und ihre Ausbreitung ungenügend blieb. Die Anstoßeffekte, die zunächst von der Wiederauffüllung der Vorräte und der Belebung der Verbrauchsnachfrage und später von der Konsolidierung der Auslandsnachfrage auf die Anlageinvestitionen ausgingen, erwiesen sich als unzureichend.

Die spontanen Auftriebskräfte werden sich auch in der zweiten Jahreshälfte nur wenig bemerkbar machen. Das Zusammentreffen verschiedener Faktoren dürfte allerdings schließlich zu einem etwas günstigeren Konjunkturverlauf führen; dazu zählen insbesondere die Auswirkungen früherer Stützungsmaßnahmen sowie eine zwar geringfügige, aber allgemeine Lockerung der monetären Politik seit Anfang 1977.

In den meisten Mitgliedsländern können lebhaftere Impulse für die Wirtschaftstätigkeit als in der ersten Jahreshälfte 1977 von der privaten Verbrauchsnachfrage und den öffentlichen Ausgaben erwartet werden.

Im Vereinigten Königreich und in Irland dürfte die deutliche Belebung der Investitionen in der Industrie anhalten. In einigen Mitgliedstaaten (Italien, Dänemark) wird die gesamte wirtschaftliche Aktivität dagegen stärker von den jüngsten Restriktionsmaßnahmen beeinflusst werden.

1.4. Für den Bereich der Zahlungsbilanzen ist festzustellen, daß die Defizitländer der Gemeinschaft (Vereinigtes Königreich, Italien, Frankreich, Irland und Dänemark) ihren globalen Fehlbetrag im Jahre 1977 um mehr als die Hälfte werden abbauen können. Das Defizit der französischen Leistungsbilanz wird 1977 deutlich niedriger als 1976 (5,8 Mrd. \$) ausfallen. Die britische und italienische Leistungsbilanz werden voraussichtlich in der Nähe des Gleichgewichts abschließen, während sich ihre Defizite 1976 auf 2,5 Mrd. bzw. 2,8 Mrd. \$ beliefen. Die Überschußländer (BR Deutschland und die Niederlande) werden ihren gesamten Überschuß gegenüber 1976 nur leicht vermindern. Die Leistungsbilanz der Gemeinschaft insgesamt dürfte 1977 bei einem Defizit von rd. 2 Mrd. \$ liegen ¹⁾.

1.5. Der Anstieg der Großhandelspreise, der Verbraucherpreise sowie der Effektivlöhne hat sich in den meisten Mitgliedsländern abgeflacht ²⁾. Das Niveau der Verbraucherpreise in der Gemeinschaft wird sich gegenüber 1976 noch um etwa 9,5 % erhöhen; die Teuerungsrate wird für das gesamte zweite Halbjahr sehr wahrscheinlich noch darunter liegen. Vor allem das Vereinigte Königreich, Italien

¹⁾ vgl. Tabelle 1

²⁾ vgl. Tabelle 5 und 7

und Irland haben beachtliche Erfolge im Kampf gegen die Inflation erzielt.

1.6. Für die Gemeinschaft als Ganzes wird die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate 1977 wahrscheinlich nur bei rd. 2,5 % gegenüber etwa 4,7 % im Jahre 1976 liegen.

Diese enttäuschende Konjunktorentwicklung erklärt sich insbesondere aus der Notwendigkeit der Inflationsbekämpfung und der Sanierung der Zahlungsbilanzen, die die Defizitländer gezwungen hat, ihre restriktive Geld- und Haushaltspolitik fortzusetzen. Dagegen wurde die globale Auswirkung der Sanierungspolitik der Defizitländer nicht durch eine expansionistischere Politik der Länder mit „starker Währung“ kompensiert. Der Abbau der deutschen Haushaltsdefizite kann, gemessen an den konjunkturellen Erfordernissen, als sehr schnell angesehen werden.

Um das für den Zeitraum 1976 bis 1980 festgelegte Wachstumsziel zu erreichen — das nötig wäre, um die Arbeitslosenquote von voraussichtlich 5,4 % im Jahre 1977 auf 3 bis 4 % am Ende des Zeitraums zu senken — müßte das reale Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft in den drei nächsten Jahren um jährlich etwa 5 bis 6 % wachsen. Bei den derzeitigen Aussichten ist es jedoch eher wahrscheinlich, daß die Wachstumsrate für den gesamten Zeitraum 1976 bis 1980 jährlich nur zwischen 3½ und 4 % liegt, sofern nicht der wirtschaftliche Kurs wesentlich geändert wird und sich der soziale Konsens verbessert.

Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dürfte 1977 unter 21 % liegen, während er nach dem Vierten Programm 1980 etwa 23 % erreichen sollte. Dies wäre jedoch nur dann möglich, wenn sich das Volumen der Anlageinvestitionen in den drei nächsten Jahren jeweils um mindestens 7 % erhöhen würde; 1976 betrug der Anstieg jedoch nur 3 % und 1977 nur 1 %.

In den nächsten Jahren müssen in der Gemeinschaft zusätzliche Arbeitsplätze und Lehrstellen für jährlich 600 000 bis 800 000 Personen geschaffen werden. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die jährliche Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung ständig zunehmen und mehr als 1 Million Personen in den achtziger Jahren übertreffen.

1.7. Die Auswirkungen struktureller Schwierigkeiten auf die Konjunktur und insbesondere auf die Arbeitslosigkeit sind größer geworden. Es trifft zu, daß sich in allen Mitgliedstaaten die Strukturprobleme schon lange vor der Wirtschaftskrise angehäuft hatten. Aber die Verteuerung der Rohstoffe, die plötzliche und massive Erhöhung der Preise von Erdölprodukten, die Folgen der anhaltenden Inflation, die starken Veränderungen der Wechselkursrelationen in den letzten Jahren, die allgemeine Rezession der Jahre 1974 und 1975 sowie der Aufbau von exportorientierten Produktionskapazitäten in zahlreichen Entwicklungsländern haben den Bedarf an Strukturanpassungen deutlich vergrößert.

1) vgl. Tabelle 1

Alle Mitgliedstaaten ohne Ausnahme befinden sich in einer Übergangsphase, die durch einen Strukturwandel bei der Nachfrage, der Produktion, der Beschäftigung und den Einkommen gekennzeichnet ist. Sie sehen sich im übrigen wirtschaftlichen und psychologischen Hindernissen bei der Verringerung ihrer Energieunabhängigkeit gegenüber. Die Lösung der vielfach strukturellen Schwierigkeiten ist oft ausgeblieben; damit haben die konjunkturellen Schwächeanfänge und die Unsicherheit allgemein zugenommen.

II. Wirtschaftliche Aussichten und Ziele für 1978

2.1. Der vorliegende Bericht skizziert in großen Zügen die Wirtschaftsaussichten für 1978 und berücksichtigt dabei die bereits bekannten wirtschaftspolitischen Initiativen¹⁾. Anschließend wird ein normatives Szenario entwickelt, dessen Verwirklichung den Konjunkturverlauf verbessern und die tatsächliche Entwicklung stärker den Zielen des Vierten Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik annähern könnte.

2.2. Die Weltkonjunktur im Jahre 1978 dürfte sich zögernd entwickeln. Den wichtigsten Industrieländern außerhalb der Gemeinschaft bereitet es Schwierigkeiten, die ausreichende Dynamik der Inlandsnachfrage zu sichern (Vereinigte Staaten) oder sie wiederzugewinnen (Japan und Kanada). Vielen kleinen Industrieländern fällt es außerdem schwer, ihre Zahlungsbilanz zu sanieren, ohne eine übermäßige Schwächung der Wirtschaftstätigkeit auszulösen. Der mäßige Einfluß, der hiervon auf die Entwicklung des Welthandels ausgehen dürfte, wird sich um so stärker bemerkbar machen, als mit einer gewissen Verlangsamung des Einfuhranstiegs der OPEC-Länder zu rechnen ist. Eine beträchtliche Ausweitung des Ausfuhrvolumens der Entwicklungsländer insgesamt dürfte wegen des schwachen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern ausgeschlossen sein; außerdem werden sich die Rohstoffausfuhrpreise voraussichtlich erheblich langsamer entwickeln als bis zum vergangenen April²⁾. Insgesamt kann man davon ausgehen, daß sich die Verlangsamung im Anstieg des Welthandels, die seit 1976 festzustellen ist, 1978 fortsetzen wird, falls das Einfuhrvolumen der Gemeinschaft sich nicht belebt. Sieht man von den Käufen der Gemeinschaft ab, so wird sich das Welteinfuhrvolumen 1978 wahrscheinlich nur um 6 bis 6½ % erhöhen gegenüber 7½ % im laufenden Jahr und 9 % im Jahr 1976³⁾.

2.3. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen internationalen Rahmenbedingungen, der bereits ergriffenen und angekündigten Maßnahmen und soweit sich die in der Gemeinschaft zu beobachtenden autonomen Nachfragekräfte nicht von Grund auf ändern,

1) Dies gilt insbesondere für
— die französischen Initiativen von Ende August
— die deutschen Entscheidungen vom Mai und September

2) vgl. Schaubild A

3) vgl. Tabelle 3

- könnte die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft 1978 $3\frac{1}{2}\%$ erreichen und damit um einen Prozentpunkt höher liegen als 1977 ($2\frac{1}{2}\%$);
- dürfte die Zahl der Vollarbeitslosen, die für 1977 rd. 5,9 Millionen betrug, insgesamt weiter ansteigen; das Produktionswachstum führt — wegen der hohen Kapazitätsreserven — voraussichtlich kaum zu einer höheren Zahl von Beschäftigten; die arbeitsfähige Bevölkerung wird 1978 vermutlich um 500 000 bis 600 000 Personen zunehmen, die jedoch nicht notwendigerweise alle auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten werden;
- wird die Inflationsrate, gemessen an den Verbraucherpreisen, im Gemeinschaftsdurchschnitt ungefähr 8 bis $8,5\%$ erreichen. Der Rückgang der Rohstoffpreise, insgesamt zufriedenstellende Ernten und der im zweiten Halbjahr 1977 sich anbahnende verlangsamte Preisanstieg auf der Großhandels- und Erzeugerstufe bieten günstige Voraussetzungen für eine womöglich noch stärkere Verbesserung; sie hängt allerdings davon ab, ob der Lohnkostenanstieg weiter gedämpft werden kann;
- wird die Leistungsbilanz der Gemeinschaft wahrscheinlich mit einem Überschuß abschließen, zum einen wegen der mäßigen Entwicklung der Binnennachfrage in den Defizitländern und zum anderen wegen des zunehmenden Beitrags des Nordseeöls. Die Zahlungsbilanzsituation der Überschußländer wird sich insgesamt gesehen bei einem mäßigen Produktionswachstum gegenüber 1977 nicht nennenswert ändern.

2.4. Zur Zeit ist für 1978 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um $3\frac{1}{2}\%$ zu rechnen, falls in der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten keine erneuten Änderungen eintreten. Eine solche Wachstumsrate reicht nicht aus, um die Unterauslastung der Produktionskapazitäten zu beheben. Unter diesen Umständen dürfte sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtern. In den meisten Mitgliedstaaten kann eine Stabilisierung oder ein allmählicher Abbau der Arbeitslosigkeit nur auf der Grundlage einer mäßigen Kostenentwicklung und eines dauerhaften Wachstums des realen Bruttoinlandsprodukts von 4 bis $4\frac{1}{2}\%$ erwartet werden. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung würde mittelfristig eine noch erheblich höhere jährliche Wachstumsrate erfordern.

Die anhaltend schwache Nachfrage und die erhebliche Unterauslastung der Kapazitäten könnten dazu führen, daß die Produktionsanlagen noch stärker veralten und die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft auf den Weltmärkten beeinträchtigt wird. Die Investitionsschwäche würde in den nächsten Jahren die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschweren, eine zu geringe Ausdehnung der Produktionskapazitäten den notwendigen Strukturwandel noch weiter verzögern.

2.5. Seit Ende 1976 ist die wirtschaftliche Entwicklung deutlich hinter den Prognosen und Zielen zurückgeblieben, da die Expansion in den Ländern mit

weniger drängenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten nicht genügend kräftig war. Deshalb erscheint es notwendig, heute ein normatives Wachstumsszenario zu entwerfen.

Dieses normative Konjunkturszenario für 1978 müßte für die einzelnen Mitgliedstaaten und für die Gemeinschaft eine Kombination realistischer und realisierbarer Ziele umfassen, die untereinander sowie zwischen den einzelnen Ländern kompatibel sind. Es müßte die Ausgangsbedingungen für ein dauerhaftes und ausreichendes Wachstum und für eine höhere Beschäftigung schaffen, wie sie für die Verwirklichung des Vierten Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik vorgesehen sind. Dieses Szenario impliziert eine koordinierte Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, die sowohl die Tendenzen sinkender Inflationsraten als auch die Aufschwungkkräfte in der gesamten Gemeinschaft im Laufe des Jahres verstärkt.

Die Ziele dieses Szenarios könnten die folgenden sein:

- eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft als Ganzes von 4 bis $4\frac{1}{2}\%$;
- keine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage;
- geringere Unterschiede der Zahlungsbilanzsituation zwischen den Mitgliedstaaten sowie eine ausgeglichene oder sogar defizitäre Leistungsbilanz der Gemeinschaft;
- eine auf 7 bis 8% zurückgeführte Inflationsrate im Durchschnitt der Gemeinschaft (gegenüber etwa $9\frac{1}{2}\%$ im Jahre 1977) sowie die Verringerung der Spannweite zwischen den höchsten und niedrigsten Raten auf den Bereich von weniger als 4% bis 10% (gegenüber 4 bis 18% im Jahre 1977).

III. Leitlinien für die Wirtschaftspolitik im Jahre 1978

a) Allgemeine Leitlinien

3.1. Die Verwirklichung dieser Ziele für 1978 liegt im Bereich des Möglichen, wenn alle Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zusammenführen. Kein Land, so groß sein Beitrag zum internationalen Handel auch sein mag, kann bei der augenblicklich allgemeinen Schwäche der Weltnachfrage die Konjunktur nur durch eigene Anstrengungen beleben. Dagegen können die Mitgliedstaaten bei koordiniertem Handeln und in Zusammenarbeit mit den anderen Industrieländern die Multiplikatorwirkungen ihrer Maßnahmen gegenseitig verstärken, das Vertrauen der Unternehmen und Verbraucher dauerhaft festigen und auf diese Weise die angestrebten Wachstumsziele verwirklichen, ohne die fundamentalen Gleichgewichte zu stören.

Die Verantwortung für die Stützung der internen Nachfrage auf einem angemessenen Niveau fällt in erster Linie den relativ zahlungsbilanzstarken Mitgliedstaaten zu. Dennoch sollten auch die anderen

Mitgliedstaaten in dem Maße, wie ihr Anpassungsprozeß fortschreitet, den gewonnenen Spielraum nutzen, um ihren Beitrag zur Stärkung der Konjunktur zu leisten.

3.2 Gemäß Entscheidung des Rates 77/492/EWG vom 25. Juli 1977 über die Vorbereitung der Staatshaushalte für das Jahr 1978¹⁾ ist die Haushaltspolitik stärker als in der Vergangenheit als Wachstumsinstrument einzusetzen.

Da sich die Wirtschaftsaussichten für das kommende Jahr seit dem Beginn des Sommers 1977 verschlechtert haben, ist eine verstärkte Anwendung dieser Entscheidung geboten.

Dies hätte selbstverständlich in den Ländern zu geschehen, deren Leistungsbilanz weiterhin überschüssig ist und in denen die Preisentwicklung relativ günstig bleibt. In den anderen Mitgliedstaaten ist zu prüfen, inwieweit die Restriktionen gelockert werden können, mit denen die Wiederherstellung der gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichte gefördert werden soll, ohne von der bisher verfolgten Zielrichtung abzuweichen.

3.3. Angesichts der schwachen Gesamtnachfrage genügt es nicht mehr, nur die privaten und staatlichen Investitionen zu fördern; es ist darüber hinaus notwendig, den privaten Konsum anzuregen, ohne jedoch die Lohnkosten zu erhöhen. Vor allem die Anpassung der Einkommensteuer natürlicher Personen bietet sich in verschiedenen Mitgliedstaaten dazu als wirksames Mittel an; das gilt vor allem dann, wenn den niedrigen und mittleren Einkommen Vorrang eingeräumt wird, um eine stärkere globale Sparneigung zu vermeiden.

3.4. Zahlreiche Hindernisse auf Grund von Rechts- und Verwaltungsvorschriften (einschließlich der Blockierung wegen Konsultations- und Konzertierungsverfahren) verzögern eine normale Abwicklung der öffentlichen Investitionsprogramme. Eine derartige Entwicklung erscheint besonders gefährlich. Durch den Ausfall eines Instruments, das von jeher in Zeiten schwacher Konjunktur eine bedeutende Rolle gespielt hat, könnte nicht nur die wirtschaftliche Aktivität gebremst werden, sondern es könnten auch Ungleichgewichte in einer späteren Phase des Zyklus entstehen, wenn die geplanten Ausgaben getätigt werden. Die Mitgliedstaaten und Gemeinschaftsinstanzen müßten ihre Bemühungen miteinander verbinden, um die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit einer Investitionspolitik vor allem im Energiesektor zu überzeugen und alle verantwortlichen Behörden, insbesondere die Gemeinden, zu veranlassen, ihr Verhalten mehr den augenblicklichen Konjunkturerfordernissen anzupassen.

3.5. Im allgemeinen dürfte der höhere Nettofinanzierungssaldo des Staates, den diese Empfehlungen zur Folge haben, größtenteils durch nichtmonetäre Mittel finanziert werden können. Wegen der schwachen Unternehmensinvestitionen und der hohen Spareinlagen der privaten Haushalte kann erwartet werden, daß die langfristigen Finanzierungsmöglich-

keiten sich in den meisten Mitgliedstaaten vergrößern und die Geld- und Kapitalmärkte im allgemeinen flüssig bleiben werden.

Die Ausgangslage erscheint überdies günstig; die monetäre Finanzierung des Haushalts 1977 hat bisher im allgemeinen nur zu einem begrenzten Anstieg der Geldmenge (M2) beigetragen.

3.6. Die Geld- und Kreditpolitik ist nach den Wachstums- und Preiszielen auszurichten. Eine angemessene und stetige Zunahme der wichtigsten monetären Aggregate ist eine wesentliche Voraussetzung für einen gesunden und dauerhaften Aufschwung. Sie sollten der unterschiedlichen Lage in jedem Mitgliedstaat — vor allem der Zahlungsbilanzen — Rechnung tragen. Die Aufstellung geldpolitischer Normen und ihre Veröffentlichung gäbe den Sozialpartnern eine nützliche Bezugsgröße bei der Festsetzung der Löhne und Preise und könnte die Inflationserwartungen vermindern. Die Notwendigkeit der Konjunkturstützung entkräftet somit nicht, sondern untermauert im Gegenteil die Argumente für geldpolitische Normen.

Zu Beginn des Jahres 1978 sollen auf Gemeinschaftsebene und in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß der Zentralbankgouverneure und dem Währungsausschuß quantitative Normen festgelegt werden. Dies ist ein bedeutsames Element bei der Aufstellung einer Gemeinschaftsstrategie mit dem Ziel einer besseren Konvergenz der Volkswirtschaften¹⁾.

3.7. Die Aufgabe der Konjunkturbelebung und Vertrauensstabilisierung kann nicht allein den staatlichen Organen überlassen bleiben. Von einer aktiven Beteiligung und Unterstützung der Sozialpartner wird es abhängen, ob die angestrebten Wachstumsziele erreicht und die Beschäftigungslage verbessert werden können. Die Sozialpartner müssen in gemeinsamer Verantwortung den Risiken des Konjunkturverlaufs und den Schwierigkeiten des mittelfristigen Strukturwandels begegnen. Die Lohnforderungen sollten sich an der Produktivitätszunahme ausrichten und den Steuerermäßigungen und Stabilitätsanforderungen Rechnung tragen. Nur auf diese Weise können der Kostenauftrieb gebremst, die Ertragslage und Investitionsneigung der Unternehmen sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten verbessert werden.

3.8. Die Zusammenarbeit der Sozialpartner wird für die Gestaltung einer gezielten Beschäftigungspolitik besonders notwendig sein. Eine nur mäßige Wachstumsrate, wie sie für 1978 zu erwarten ist, wird sich nicht unmittelbar auf die Arbeitslosigkeit auswirken. Da die Produktionskapazitäten stark unterausgelastet sind, wird ein erheblicher Teil des Nachfrageanstiegs zunächst zu höheren Produktivitätsgewinnen, einem höheren Auslastungsgrad und einer besseren Rentabilität der Unternehmen führen und erst später die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte nach sich ziehen.

¹⁾ Vgl. „Bessere Koordinierung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik“ (Mitteilung der Kommission an den Rat vom 5. Oktober 1977), Dok. KOM (77) 443 endg.

¹⁾ ABl. Nr. L 204 vom 10. August 1977, S. 6

Daher müssen spezifische Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung vorgesehen werden, und zwar in drei Richtungen:

Es ist vor allem wichtig, die berufliche Ausbildung und Umschulung weiter auszubauen und die Wirksamkeit der Arbeitsvermittlungsstellen zu erhöhen.

Alle Mitgliedstaaten haben spezifische Unterstützungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, besonders zugunsten von Jugendlichen, ergriffen. Es ist angebracht, diese Maßnahmen aufmerksam zu verfolgen und ihre Gesamtwirkung zu überprüfen, und zwar insbesondere aus dem Blickwinkel ihrer Wirksamkeit für die Betroffenen, aber auch aus der Sicht einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit.

Schließlich sollten in der augenblicklichen Lage eventuelle Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitszeit so flexibel wie möglich sein, ohne jeden Verwaltungszwang durchgeführt und auf besonders benachteiligte Arbeiten beschränkt werden.

Die Gemeinschaftsinstrumente (Sozial- und Regionalfonds, Europäische Investitionsbank) müßten dabei einen größeren Beitrag leisten, und die Gemeinschaftsorgane sollten für den koordinierten Einsatz der einzelstaatlichen Instrumente sorgen und ihre Wirkung auf die Beschäftigung berücksichtigen.

3.9. Die Anpassung des Angebots und die Förderung des Strukturwandels erfordern Entscheidungen struktureller Art. Insbesondere sollten:

- gemäß fest umgrenzten Programmen eine Investitionspolitik in die Wege geleitet werden, die sich vor allem auch auf das von der Kommission vorgeschlagene gemeinschaftliche strukturpolitische Finanzierungsinstrumentarium stützt;
- die Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Entwicklung neuartiger Energiequellen verstärkt werden;
- die Forschung und die Anwendung neuer Technologien gefördert werden;
- die zahlreichen verwaltungsrechtlichen Hindernisse beseitigt werden, welche die Investitionen durch schwierige Genehmigungsverfahren verzögern;
- die Diskriminierung in der Kapitalbeschaffung der Unternehmen beseitigt, den kleinen und mittleren Unternehmen steuerliche Erleichterungen gewährt und die Gründung neuer Unternehmen begünstigt werden.

3.10. Auf nationaler Ebene wurden verschiedene Förderungsmaßnahmen allgemeiner Art zugunsten von Investitionen getroffen oder sind geplant. Auch wenn sie konjunkturellen Erfordernissen entsprechen, könnten sie dennoch das Risiko vergrößern, daß sich die Mitgliedstaaten gegenseitig zu überbieten versuchen oder daß sektorielle Verzerrungen entstehen. Dieser Gefahr sollte durch eine verbesserte Koordinierung der Beihilfen auf Gemeinschaftsebene sowie durch größere Transparenz abgeholfen werden.

3.11. Das Risiko einer Konjunkturabschwächung in der Gemeinschaft kann nur vermieden werden, wenn

vom Welthandel ausreichende Impulse auf die Wirtschaftstätigkeit in den Mitgliedstaaten ausgehen. Das bedeutet die Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums in den Vereinigten Staaten, ein Anstieg der Inlandsnachfrage in Japan und die Beseitigung der Schwierigkeiten, welchen die kleineren Industrieländer sowie die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer gegenüberstehen. Die Einfuhren der zuletzt genannten Gruppe sollten durch höhere Entwicklungshilfe angeregt werden. Schließlich muß energisch jedem protektionistischen Verhalten entgegengetreten werden.

b) Leitlinien für die Mitgliedstaaten

3.13. In Dänemark war für die Wirtschaftslage Mitte des Sommers eine relativ schwache Aktivität, eine anhaltende Tendenz zur Zunahme der Arbeitslosigkeit (6 % der Erwerbsbevölkerung), eine gewisse Beschleunigung des Preisauftriebs und ein noch immer hohes Leistungsbilanzdefizit (fast 4 % des BIP) kennzeichnend. In dem Bestreben nach einer Verringerung der Arbeitslosigkeit haben die Behörden die außenwirtschaftlichen Zwänge berücksichtigen müssen; dies schloß jegliche globale Ankurbelungsmaßnahme aus. Das vom Parlament Ende des Sommers verabschiedete Programm entspricht dieser Notwendigkeit, da es eine striktere Steuerung der Inlandsnachfrage umfaßt, um so die Einfuhren zu dämpfen und das Zahlungsbilanzdefizit abzubauen. Gleichzeitig wurden selektive Maßnahmen getroffen, um die Beschäftigungslage durch eine Steigerung der öffentlichen Investitionen, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und durch steuerliche Anreize für private Investitionen zu verbessern. Letztere Maßnahme sowie die neuerliche Anpassung des Wechselkurses der Krone, als Folge der Abwertung der Schwedischen Krone, verstärkt die Wettbewerbslage der dänischen Industrie.

Diese Maßnahmen dürften das Profil der wirtschaftlichen Entwicklung nicht wesentlich verändern; kennzeichnend dürfte weiterhin ein schwaches Wachstum sein. Die Investitionen dürften nur geringfügig steigen, und der private Verbrauch könnte zeitweilig deutlich zurückgehen. Für das gesamte Jahr 1978 könnte das reale Bruttoinlandsprodukt gerade um 2 % steigen. Durch die Ressourcenumschichtung vom Verbrauch auf die Ausfuhr und durch die Dämpfung der Einfuhren könnte das Leistungsbilanzdefizit erheblich abnehmen. Diese Strategie verspricht jedoch nur dann Erfolg, wenn die Weltkonjunktur dynamisch ausfällt. Abgesehen von den Auswirkungen der Erhöhung der indirekten Steuern und der Veränderung des Wechselkurses ist im Laufe des Jahres mit einer Abschwächung des autonomen Preisauftriebs zu rechnen. Die kumulierten Effekte der neuen Maßnahmen und der Abwertung werden zu einer zusätzlichen Steigerung der Verbraucherpreise von über 4 % auf Jahresbasis führen. Daher wird sich der Preisauftrieb wie 1977 auf ungefähr 10 1/2 % belaufen.

Die jüngsten haushaltspolitischen Maßnahmen umfassen im Rahmen eines mittelfristigen Programms eine Erhöhung der indirekten Steuern — durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes (von 15 % auf

18 %) und Erhöhung spezifischer Verbrauchsteuern auf bestimmte Waren und Dienstleistungen — sowie die Heraufsetzung einiger öffentlicher Tarife und Eintragungsgebühren. Ebenfalls vorgesehen sind eine Lockerung der Abschreibungsregelung sowie zusätzliche Haushaltsmittel für Transferausgaben und öffentliche Investitionen. All diese Maßnahmen dürften es ermöglichen, den Nettofinanzierungssaldo des Staates auf 10 Mrd. Kronen für das Haushaltsjahr 1978/79 zu begrenzen, das heißt auf einen Betrag, der unter den ursprünglichen Ansätzen liegt. In Anbetracht der Finanzierungsüberschüsse bei den lokalen Gebietskörperschaften, dem Zusatzpensionsfonds sowie bei der Nationalbank ist zu erwarten, daß der Finanzbedarf des öffentlichen Sektors von 1977 auf 1978 auf ein Niveau von unter 1 % des Bruttoinlandsprodukts sinkt.

Um das vorrangige Ziel, die schrittweise Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, zu erreichen, sollte die Einkommenspolitik rigoros zu im Frühjahr 1977 abgeschlossenen Lohnabkommen entsprechen, um neue Restriktionsmaßnahmen zu vermeiden. Hierzu ist der Kosten- und Preisauftrieb zu bremsen, um aus den drei Abwertungen der Krone seit Oktober 1976 einen größtmöglichen Wettbewerbsvorteil zu ziehen.

Im Bereich der Geld- und Kreditpolitik wäre es zweckmäßig, den Inlandskredit weiterhin streng zu kontrollieren, um Kapitaleinfuhren zu begünstigen und in die Ausfuhrsektoren zu lenken. Die Absicht einer nichtmonetären Finanzierung des Defizits des Zentralstaats sollte beibehalten werden, und die Geldmenge sollte nicht stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt steigen, damit die bisherigen Anpassungsbemühungen nicht durch Liquiditätsüberschüsse zunichte gemacht werden.

3.14. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die konjunkturellen Aufschwungkkräfte in den letzten Monaten weiter abgeschwächt. Die Expansion der Auslandsnachfrage hat sich deutlich verlangsamt und auch die Investitionsneigung der Unternehmen tendiert — vor allem von der Verschlechterung der Konjunkturlage und von der Beschleunigung des Lohnkostenanstiegs beeinflusst — zur Schwäche. Von den Haushalten der Gebietskörperschaften gingen im ersten Halbjahr 1977 insbesondere wegen einer unerwartet starken Beschleunigung der Steuereinnahmen, teilweise aber auch wegen einer nur zögernden Ausgabenentwicklung, keine Impulse auf die Wirtschaftstätigkeit aus. Mit der gedämpften Nachfrageentwicklung wurde auch die Produktion nicht mehr ausgeweitet. Damit sind auch weitere Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit ausgeblieben. Insgesamt dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts 1977 mit rd. 3 % deutlich unter dem anfangs des Jahres formulierten Ziel bleiben. Die Leistungsbilanz dürfte mit einem Überschuß von rd. 8 Mrd. DM abschließen. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich weiter ermäßigt und wird im Jahresdurchschnitt unter 4 % liegen.

Um einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen, müßte im Jahre 1978 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von mindestens 4 1/2 % angestrebt werden. Zur Stärkung des Wachstums und

der Beschäftigung hat die Bundesregierung im September 1977 zusätzliche Maßnahmen beschlossen. Darin sind für die privaten Haushalte Erleichterungen bei der Lohn- und Einkommensteuer vorgesehen. Zur Anregung der Investitionstätigkeit werden die degressiven Abschreibungsmöglichkeiten verbessert, die Zulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen verdoppelt, Krediterleichterungen für Unternehmensneugründungen und ein Zuschuß für energiesparende Investitionen gewährt. Neben einer vollen Ausschöpfung der Haushaltsansätze für 1977 wird beim Bund für 1978 eine deutlich expansive Haushaltsplanung vorgesehen (Ausgabenanstieg über 10 %), der sich auch Länder und Gemeinden anschließen sollen. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt könnten dadurch 1978 mit 9 bis 9 1/2 % wesentlich stärker steigen als 1977 (5 1/2 bis 6 %). Das Nettofinanzierungsdefizit des Zentralstaates (Bund und Länder) allein dürfte damit im Jahre 1978 um rd. 10 Mrd. DM auf rd. 45 Mrd. DM ansteigen.

Das Maßnahmenpaket, von dem insbesondere im Bereich der Investitionsförderung multiplikative Wirkungen erwartet werden, umfaßt zusammen rd. 11 Mrd. DM, zu denen 1978 das Volumen von bereits im Frühjahr getroffenen steuer- und haushaltspolitischen Entscheidungen in Höhe von rd. 5 Mrd. DM treten dürfte. Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, um ein Wirtschaftswachstum von rd. 4 1/2 % zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist es besonders notwendig, daß die geplanten Ausgaben bei Ländern und Gemeinden zügiger als bisher abgewickelt werden. Neben den globalen Maßnahmen zur Nachfrageausweitung wird es weiterhin gezielter arbeitsmarktpolitischer Hilfen bedürfen, um eine bessere Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Die Geld- und Kreditpolitik sollte die dynamischere Wirtschaftsentwicklung in Rechnung stellen und von einem beschleunigten Wachstum von mindestens 4 1/2 % ausgehen.

Bei der Verbesserung der wachstums- und beschäftigungspolitischen Bedingungen werden die Entscheidungen der Sozialpartner bei den kommenden Lohnverhandlungen eine wichtige Rolle spielen. Die von der öffentlichen Hand gewährten steuerlichen Entlastungen sollten es den Begünstigten erleichtern, ihre Lohn- und Preisforderungen auf die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse abzustimmen. Den Unternehmen fällt die Verantwortung zu, die gegebenen Anreize zügig für eine stärkere Investitionstätigkeit zu nutzen. Von besonderer Bedeutung für das künftige Wachstum ist es, daß die administrativen und sonstigen Investitionshemmnisse, die nicht nur im Kraftwerksbau derzeit ein Investitionsvolumen von 10 bis 15 Mrd. DM blockieren, sondern z. B. auch im Straßenbau, möglichst rasch beseitigt werden.

3.15. In Frankreich haben 1977 allein die Ausfuhren einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsaktivität geleistet. Die Investitionsneigung wurde von der schwachen Nachfrage beeinträchtigt. Die im Laufe des Jahres ergriffenen Maß-

nahmen zur Konjunkturstützung sind noch nicht voll wirksam geworden. In Anbetracht der gedämpften Wirtschaftsentwicklung hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden bis zur Jahresmitte weiter ausgedehnt.

Mit der Abschwächung der Gesamtnachfrage hat sich der Anstieg des Einfuhrvolumens verlangsamt. Trotz einer gewissen Verschlechterung der Austauschrelationen hauptsächlich aufgrund des Rückgangs des Frankenkurses im Jahre 1976 und des lebhaften Preisanstiegs für tropische Nahrungsmittel, hat sich das Defizit der Handelsbilanz erheblich vermindert.

Obwohl sich der Anstieg der Löhne nominal und real 1977 stark verlangsamt hat und die öffentlich administrierten Preise sicher dämpfend gewirkt haben, wurde der Index der Einzelhandelspreise besonders im ersten Halbjahr durch den kräftigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise erheblich beeinflusst, während die Norm für verarbeitete Erzeugnisse nur geringfügig überschritten wurde. Zum Jahresende dürfte der Inflationsdruck allerdings nachlassen. Diese Entwicklung dürfte sich im nächsten Jahr fortsetzen. Die Gründe dafür sind: die nachträglich einsetzende Wirkung der Mäßigung bei den Lohnvereinbarungen, eine leichte Senkung der Kreditkosten, die feste Position des Franken und der Rückgang der Rohstoffpreise im Jahre 1977 sowie gewisse Produktivitätsfortschritte. Der anhaltende Rückgang der Inflation läßt erwarten, daß sich im Laufe des nächsten Jahres der Lohnanstieg weiter verlangsamt.

Unter den derzeitigen Bedingungen würde eine zu kräftige Stimulierung die bisherigen Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und der Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zunichte machen. Mit der zunehmenden Gesundung der Handelsbilanz und mit der Beibehaltung des für 1977 erwarteten Nettofinanzierungssaldo des Staates von mindestens 1 % des Bruttoinlandsprodukts könnten die Behörden dennoch einen gewissen Handlungsspielraum zurückgewinnen. Außerdem verfügt die französische Wirtschaft über bedeutende Produktivitätsreserven, die bei der Bekämpfung des Preisauftriebs zu nutzen sind.

Das Haushaltsgesetz für 1978 geht von einer Zielsetzung für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 4,5 % aus. Falls sich diese Voraussage nicht bestätigt, die internationale Konjunkturlage es erlaubt und die Preisabschwächung weitere Fortschritte macht, wäre es angebracht, im Laufe des Jahres zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Belebung zu stützen. Dabei könnte es sich um höhere Zuschüsse an die Unternehmen zur Förderung der Berufsausbildung und der Einstellung von schulentlassenen Jugendlichen handeln. Die öffentlichen Umschulungsprogramme wären ebenfalls zu erweitern.

An der Ausrichtung der Geld- und Kreditpolitik sollte festgehalten werden. Jedoch wären gegebenenfalls die Modalitäten für die Kreditvergabe zu überprüfen, um Verzerrungen in der Struktur des Produktionsapparates zu vermeiden. Die derzeitige

Höhe der Zinssätze ist mit den Zielen für die Zahlungsbilanz und den Wechselkurs des Franc vereinbar.

3.16. In Irland dürfte das Wirtschaftswachstum in den nächsten Monaten in beträchtlichem Tempo anhalten, und zwar unter dem Einfluß einer raschen Steigerung sowohl der Industrie- als auch der Agrarausfuhren und einer nach wie vor kräftigen Zunahme der Investitionen. Außerdem dürften Anfang 1978 die von der Regierung geplanten Maßnahmen eine Beschleunigung der privaten Verbrauchsausgaben bewirken und auch den öffentlichen Verbrauch anregen. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts müßte für das gesamte Jahr 1978 hoch genug sein, um die Arbeitslosigkeit — selbst in Anbetracht der Zunahme der Erwerbsbevölkerung — deutlich zu vermindern. Die starke Expansion der Gesamtnachfrage dürfte mit noch immer sehr umfangreichen Einfuhren Hand in Hand gehen und — trotz einer Verbesserung der Terms of Trade — das Zahlungsbilanzdefizit vergrößern.

In dieser Situation muß die Wirtschaftspolitik vorrangig auf eine vorsichtige Steuerung der Inlandsnachfrage abzielen, um das Risiko zu vermeiden, das aus einer zu starken Anregung der Verbrauchsnachfrage erwachsen könnte. Nach einer vorübergehenden Besserung der Beschäftigungslage würde eine solche Entwicklung nämlich später die Notwendigkeit unerwünschter Bremsmaßnahmen herbeiführen.

Die Einkommenspolitik sollte auf mehr Mäßigung in den abzuschließenden Tarifvereinbarungen ausgerichtet sein. Die nominalen Lohnerhöhungen für 1978 sollten in dem von der Regierung vorgesehenen Rahmen gehalten werden, was mit den schon vorgeschlagenen Steuererleichterungen zu einem realen Anstieg der Löhne führen wird.

In diesem Zusammenhang müßte die Haushaltspolitik so angelegt sein, daß sie auf die Beschäftigungspolitik der Regierung ein Höchstmaß an Wirksamkeit ausübt. Das bedeutet Sparsamkeit bei den nicht prioritären Ausgaben. Nach der spürbaren Verringerung des Nettofinanzierungssaldos des Haushalts des Zentralstaates im Jahre 1976 und erneut im Jahre 1977, was diesen auf einen Anteil von 11 % am Bruttoinlandsprodukt zurückführt (1975 lag er noch bei 16,8 %), kann im Jahre 1978 eine gewisse Ausweitung ins Auge gefaßt werden. Auf der Einnahmeseite sollten neue Fortschritte bei der Verteilung der Steuerlast erzielt werden. Eine Erleichterung der Einkommensteuer wäre geeignet, den Anstieg der Bruttoeinkommen zu mäßigen und gleichzeitig die verfügbaren Einkommen zu verbessern.

Die Währungspolitik sollte den Konjunkturaufschwung unterstützen, und die Ausweitung der Bankkredite an den privaten Sektor sollte daher mehr oder weniger der des nominalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Es könnte sich jedoch als zweckmäßig erweisen, diese Ausweitung zu dämpfen, wenn sich nämlich die aus der monetären Finanzierung des Schatzamtes erwachsende Liquiditätsschöpfung als zu stark erweisen sollte. Wegen dem umfangreichen Liquiditätsentzug, der aus dem Zahlungsbilanzdefizit resultiert, dürfte die Zuwachsrate

der Geldmenge ebenso wie 1976 und 1977 hinter der des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückbleiben.

3.17. In Italien hat sich die seit 1975 verzeichnete Konjunkturerholung zunächst stark verlangsamt und ist dann im ersten Halbjahr 1977 durch Rezessionstendenzen abgelöst worden. Während die Arbeitslosigkeit eine steigende Tendenz zeigte, hat sich der Preisauftrieb beträchtlich verlangsamt. Im Verlauf des ersten Halbjahres beschleunigte sich die Ausfuhr fühlbar, während sich die Einfuhr infolge der nachlassenden Wirtschaftstätigkeit im Inland schnell verminderte. Die Leistungsbilanz hat sich daher deutlich verbessert, und der Lirakurs ist bemerkenswert stabil geblieben.

In der Verbesserung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts spiegelt sich vor allem die von den italienischen Behörden seit dem vergangenen Herbst befolgte Restriktionspolitik wider. So kann man nunmehr damit rechnen, daß das Nachlassen der Inlandsnachfrage im laufenden Jahr die Möglichkeit geben wird, die für 1977 mit der Gemeinschaft vereinbarten Hauptziele hinsichtlich der Verbraucherpreise und der Leistungsbilanz zu erreichen.

Um die bereits erzielten positiven Ergebnisse zu konsolidieren, erscheint es allerdings notwendig, bis Ende dieses Jahres und im Jahre 1978 eine vorsichtige Konjunkturpolitik zu betreiben.

Die Konjunkturpolitik muß die Ziele anstreben, die im Mai dieses Jahres im Rahmen des neuen Gemeinschaftsdarlehens an Italien festgesetzt wurden (Überschuß der Leistungsbilanz in Höhe von mindestens 1 000 Mrd. Lire im Jahre 1978 und Begrenzung des Verbraucherpreisanstiegs von Dezember 1977 bis Dezember 1978 auf 8 %). Sie müßte daher darauf abzielen, das Ungleichgewicht der öffentlichen Finanzen weiter zu vermindern und gleichzeitig die produktiven Investitionen zu fördern sowie den Druck der Kosten je Produkteinheit zu dämpfen.

Zur Verringerung der Auslandsabhängigkeit der Wirtschaft und zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition sollten strukturelle Maßnahmen fortgesetzt werden, und zwar vor allem in der Landwirtschaft, im Energiesektor und in den Industriezweigen, deren Produktspektrum an die Entwicklung der Nachfrage angepaßt werden muß. Spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der Investitionstätigkeit im Bauwesen erscheinen angezeigt, da sie Beschäftigung für zahlreiche Arbeitskräfte schaffen und nur wenig zusätzliche Einfuhren verursachen würden.

Die öffentlichen Finanzen werden auch 1978 eine entscheidende Rolle bei der Durchführung dieser Politik spielen. Es sollte unter anderem angestrebt werden, den Nettofinanzierungssaldo des Staatshaushalts auf 10 000 Mrd. Lire zu beschränken, wozu beträchtliche zusätzliche Anstrengungen zur Erhöhung der öffentlichen Einnahmen unternommen werden müssen. Vor allem aber muß sowohl auf der Ebene des Staates als auch in den übrigen Bereichen der öffentlichen Verwaltung eine deutliche Verlangsamung des Ausgabenanstiegs erreicht werden, der

seinerseits von einer Reihe tiefgreifender Maßnahmen zur Verbesserung bestimmter Verwaltungen und sogar von einer Überprüfung gewisser Prioritäten abhängt. Diese globale Einschränkung der Ausgaben muß jedoch mit notwendigen neuen Maßnahmen in Einklang gebracht werden, welche die unerläßlichen Umstrukturierungen, vor allem in der Industrie, erleichtern sollen.

Die Kreditpolitik muß im Jahre 1978 die derzeitige restriktive Ausrichtung beibehalten. Um unerwünschte Bewegungen kurz- und langfristigen Kapitals mit dem Ausland zu vermeiden, ist es nach wie vor unerläßlich, daß die italienischen Zinssätze — vor allem in Anbetracht der hohen kurzfristigen Auslandsverschuldung der Banken — deutlich höher bleiben als die der wichtigsten Partnerländer. Bei weiteren Fortschritten in der Inflationsbekämpfung könnte ihr Niveau allerdings fühlbar gesenkt werden.

Unter der wahrscheinlichen Hypothese, daß sich die Konjunktur ab Ende 1977 wiederbeleben wird, hauptsächlich aufgrund der weiterhin günstigen Exportaussichten, dürfte die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von mehr als 2 % im Jahre 1978 ermöglichen.

3.18. In den Niederlanden ist auf Grund der Vorausschätzungen, die sich auf nach unten revidierte Hypothesen hinsichtlich des Welthandels stützen, für die nächsten zwölf bis achtzehn Monate nicht mit einer spontanen Verbesserung der Konjunktur zu rechnen. Die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts dürfte 1977 mit 2½ % weit unter den ursprünglichen Vorausschätzungen liegen. Für 1978 deutet alles darauf hin, daß — ohne zusätzliche Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit in der gesamten Gemeinschaft — das Wachstum erneut hinter dem Minimum zurückbleiben würde, das eine erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindern würde, die 1977 etwa 4,6 % der Erwerbspersonen ausmachen dürfte.

Die Niederlande dürften sich in einer günstigen Position befinden, um der Nachfrage einen stärkeren Impuls zu verleihen. Der Auftrieb der Verbraucherpreise ist relativ mäßig ausgefallen (was teilweise der Wertsteigerung des Gulden seit Herbst 1976, außerdem aber auch der gedämpften Entwicklung der Lohnkosten zu verdanken war), und die Zahlungsbilanz wird wahrscheinlich auch 1977 einen Überschuß ausweisen, obwohl die Ausfuhren im ersten Halbjahr stagniert haben. Der Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand insgesamt dürfte 1977 nicht mehr als etwa 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen und damit in Anbetracht der gegenwärtigen Konjunkturlage verhältnismäßig niedrig sein.

Die Wirtschaftspolitik muß daher — im Rahmen einer Parallelaktion mit anderen Mitgliedstaaten — die Wirtschaftstätigkeit im Jahre 1978 stärker unterstützen. Da es jedoch darauf ankommt, eine permanente Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zu vermeiden, müssen die Maßnahmen der Regierung reversibel sein. Andererseits erscheinen die Möglichkeiten, kurzfristig die privaten Investitionen auszuweiten, als so beschränkt, daß es einer Förderung

des privaten Konsums bedarf. Sie könnte in einer Senkung der Einkommensteuern und der Sozialversicherungsbeiträge bestehen, sofern damit eine zusätzliche Dämpfung des Anstiegs der Nominaleinkommen einhergehen könnte, die ihrerseits die mittelfristigen Aussichten für Beschäftigung und Unternehmensinvestitionen verbessern würde. Unter Berücksichtigung der im Entwurf des Haushaltsplans für 1978 vorgesehenen Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energieerzeugnisse, die einem Struktur Anpassungsziel entspricht, würde sich der Nettofinanzierungssaldo des Staatshaushalts von 7,5 Mrd. Gulden im Jahre 1977 auf 12 Mrd. Gulden im Jahre 1978 (4,2 % des Bruttoinlandsprodukts) erhöhen.

Die Finanzierung einer solchen Erhöhung des Haushaltsdefizits ist vereinbar mit der seit dem Frühjahr 1977 verfolgten Währungspolitik, die auf Verminderung der Liquidität der niederländischen Wirtschaft abzielt. Diese Politik muß allerdings elastisch betrieben werden, um nicht die wirtschaftliche Erholung zu behindern.

Schließlich muß mit den Haushaltsmaßnahmen zur Stützung der Wirtschaftsaktivität eine Dämpfung des Lohnkostenanstiegs Hand in Hand gehen.

3.19. In Belgien zeigt die Wirtschaftstätigkeit seit Anfang des Jahres eine Tendenz zur Stagnation. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Im Jahre 1977 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um etwa 2½ % wachsen und damit weit hinter den anfänglichen Erwartungen zurückbleiben. Die spontane Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit spricht kaum für eine deutliche Beschleunigung des Expansionstempos im Jahre 1978. Die Wirtschaftspolitik müßte daher darauf abzielen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und das Vertrauen der Unternehmen und der privaten Haushalte wiederherzustellen.

Belgien gehört zu den Ländern mit günstiger Zahlungsbilanzentwicklung; die Leistungsbilanz wird 1977 ausgeglichen sein und könnte 1978 einen Überschuß ausweisen. Der Preisauftrieb hat sich verlangsamt; der Anstieg ist im September 1977 auf eine Jahresrate von 6,5 % zurückgegangen. Ein hohes Haushaltsdefizit, das in den letzten Jahren größtenteils infolge der Konjunkturbedingungen sowie der in Form von öffentlichen Investitionen und Expansionsbeihilfen gewährten Unterstützung der Wirtschaftstätigkeit schnell gestiegen ist, begrenzt jedoch die Möglichkeiten, neue Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zu treffen. Der Haushaltsplan für 1978 sieht eine Erweiterung der öffentlichen Investitionsprogramme vor und enthält einen Sozialplan zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (für rd. 80 000 Personen). Außerdem soll die Einkommensteuer teilweise und degressiv indexiert werden. Weitere steuerliche Maßnahmen sollen den Nettofinanzierungssaldo des Staatshaushalts auf 185 Mrd. Franken begrenzen (5,9 % des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 6,5 % im Jahre 1977). Dieses Defizit entspricht einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3½ % im Jahre 1978, das hauptsächlich aufgrund der Expansionsmaßnahmen auf nationaler Ebene und innerhalb der Gemeinschaft erwartet werden kann. Sollte dieses Wachstum nicht erreicht werden, wird sich das Defizit erhöhen, da sich

die konjunkturelle Automatik besonders stark auswirkt.

Auch ein Defizit dieser Größenordnung könnte noch nicht inflationistisch finanziert werden, wenn die Konjunktorentwicklung hinter den Erwartungen zurückbleibt. Würde die Zunahme der Kredite an die privaten Haushalte und die Unternehmen der des nominalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen, dann verbliebe eine ausreichende Marge zur Finanzierung der Investitionen.

3.20. Die Entwicklung der Wirtschaftslage in Luxemburg im Jahre 1977 zeigt noch immer keine Zeichen einer Erholung, und nichts deutet auf einen fühlbaren Aufschwung bis Ende des Jahres hin. Während die Inlandsnachfrage, hauptsächlich dank der lebhaften Investitionstätigkeit (vor allem der Rationalisierungsinvestitionen in der Eisen- und Stahlindustrie), verhältnismäßig dynamisch bleiben dürfte, werden die Ausfuhren zweifellos nur mäßig steigen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts dürfte 1977 ungefähr 1,5 % betragen und sich nach den derzeitigen Aussichten 1978 nur geringfügig beschleunigen. Die Gesamtbeschäftigung dürfte weiter abnehmen und die Arbeitslosigkeit sich noch ausdehnen. Die Schwierigkeiten bestimmter Unternehmen werden wahrscheinlich bestehenbleiben.

In Anbetracht dieser Aussichten werden zweifellos noch eine Zeitlang allgemeine und selektive Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung notwendig sein. Da ferner kurzfristig eine Verstärkung der Steuerlast zu vermeiden ist, muß eine gewisse Erhöhung des Nettofinanzierungssaldos des Staatshaushalts bis zu 1,9 Mrd. Luxemburgischen Francs akzeptiert werden.

3.21 Seit Anfang des Jahres hat das internationale Vertrauen in die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs deutlich zugenommen, und dies hat eine spürbare Verbesserung der finanziellen Situation bewirkt. Zuvor hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) die Entscheidung der britischen Behörden vom zweiten Halbjahr 1976 gebilligt, in den zwei folgenden Jahren eine härtere Geld- und Haushaltspolitik zu betreiben. Die Folge waren eine stärkere Nachfrage nach Pfund Sterling, ein beträchtlicher Anstieg der amtlichen Reserven und ein rascher Rückgang der Zinssätze; der Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors und die Ausweitung der inländischen Kreditvergabe für das Haushaltsjahr 1977/78 werden den vom IWF vorgeschriebenen Grenzen nahekommen. Demgegenüber hat die Wirtschaftstätigkeit im ersten Halbjahr, in dem der private Verbrauch sowie die öffentlichen und privaten Investitionen merklich zurückgegangen sind, etwas nachgelassen; im zweiten Halbjahr allerdings war bei diesen Aggregaten erneut ein deutliches Wachstum zu verzeichnen. Zwischen 1976 und 1977 dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um etwa 0,5 % steigen. Zu verdanken ist dieses Wachstum allein der Expansionswirkung der Verbesserung des Außenaldos, die ihrerseits hauptsächlich auf die Zunahme der Ölförderung in der Nordsee und auf den raschen Anstieg der Ausfuhr von Fertigerzeugnissen zurückzuführen war. Die Leistungsbilanz dürfte 1977 mit

einem Defizit von 0,5 Mrd. Pfund schließen und sich damit gegenüber 1976 um eine Mrd. verbessern. In dieser Situation geringen Wachstums hat die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen, und trotz eines im zweiten Halbjahr deutlich verlangsamten Preisauftriebs dürfte die Arbeitslosenquote für das gesamte Jahr doppelt so hoch sein wie die der Hauptkonkurrenten des Vereinigten Königreichs.

Die Aussichten für 1978 werden größtenteils von der Lohnentwicklung in den nächsten Monaten bestimmt. Sollte der Lohnanstieg zwischen Juli 1977 und Juli 1978 nahe bei dem von der Regierung aufgestellten Ziel von 10 % bleiben, könnte die britische Wirtschaft 1978 real mit etwa 2 1/2 % wachsen und die Inflationsrate auf rd. 10 % zurückgebracht werden. Die Leistungsbilanz könnte einen beachtlichen Überschuß von mehr als einer Mrd. Pfund verzeichnen. In dieser Situation wäre Spielraum vorhanden, um die wirtschaftliche Expansion zu stimulieren, ohne die mit dem IWF vereinbarten wirtschaftspolitischen Ziele in Frage zu stellen und ohne den inflationären Druck zu verstärken.

Allerdings muß zur Zeit diese Vorschau mit Vorsicht betrachtet werden. Wenn sich der Anstieg der Löhne und Gehälter nicht in den von den Behörden vorgeschriebenen Grenzen hält, könnten durch die Beschleunigung des Wachstums der Arbeitnehmereinkommen die bisher erzielten und noch ungefestigten Ergebnisse im Kampf gegen die Inflation in Frage gestellt werden. Unter diesen Voraussetzungen würde sich das Wirtschaftswachstum aufgrund der Expansion der privaten Verbrauchsausgaben verstärken und es wäre daher nicht mehr nötig, steuerliche Wiederankurbelungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Regierung könnte sogar ins Auge fassen, die automatische Korrektur der Steuerprogression außer Kraft zu setzen.

Solange die Ergebnisse der Mäßigung bei Löhnen und Preisen noch nicht konsolidiert sind, müssen die Behörden ihre vorsichtige Haushalts- und Geldpolitik im Rahmen der Absichterklärung an den IWF, die zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens in die britische Wirtschaft geführt hat, fortsetzen. Das schließt ein, daß die Wachstumsrate der Geldmenge (in der Abgrenzung Sterling M3) im Verlauf des Haushaltsjahres 1978/79 unter derjenigen des nominalen Inlandsprodukts liegen muß.

In jedem Fall muß die Arbeitslosigkeit kurzfristig durch die Verbesserung des Programms zur Stützung der Beschäftigung weiter bekämpft werden.

IV. Schlußfolgerungen

Die große Gefahr der jetzigen Lage besteht darin, daß die Nachfrageentwicklung sich dauerhaft auf ein Niveau einpendelt, bei dem die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und die Konsum- und Investitionsneigung nicht ausreichen, um ein nachhaltiges Wachstum in Gang zu halten, das sich alleine trägt und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit aufhält. Die Neigungen zu protektionistischen Verhaltensweisen und punktuellen Abwehrreaktionen wachsen auf betrieblicher, nationaler und internationaler Ebene. Die Fähigkeiten zur strukturellen Anpassung gehen allmählich verloren. Zur konjunkturellen Arbeitslosigkeit, als Folge unzureichender Kapazitätsauslastung würde dann längerfristig ein immer höherer Anteil struktureller Arbeitslosigkeit hinzukommen. Aus den anfänglich weitgehend als kurzfristig erscheinenden Problemen droht ein strukturelles Syndrom zu werden.

Die Schwierigkeiten internen und externen Ursprungs, denen sich alle Mitgliedstaaten ohne Unterschied gegenübersehen, verlangen eine gemeinschaftliche Strategie zur Stützung der Konjunktur.

In erster Linie müssen die Anstrengungen weiterhin den privaten und staatlichen Investitionen gelten. In Anbetracht der niedrigen Kapazitätsauslastung ist jedoch in mehreren Mitgliedsländern auch eine Stärkung des privaten Verbrauchs notwendig. Um neue Inflationsschübe zu vermeiden, müßten diese Maßnahmen reversibel sein und dürften den Lohnkostendruck nicht verstärken. Die Nachfragesteuerung müßte durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Beschäftigung und der beruflichen Aus- und Fortbildung ergänzt werden. Ein Rückfall in den Protektionismus brächte nur vorübergehende Erleichterungen, denen noch größere Schwierigkeiten folgen würden.

Die Konjunkturstützungsmaßnahmen müssen auf die jeweilige Situation abgestimmt werden und sollten, zusammen mit einer größeren Konvergenz der Volkswirtschaften der Gemeinschaft, die Rückkehr zu einem dauerhaften und kräftigen Wachstum ermöglichen.

Statistischer Anhang

Tabelle 1 — Entwicklung volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen in der Gemeinschaft

Tabelle 2 — Produktion und Handel in der Weltwirtschaft

Schaubild A — Weltmarktpreise der Rohstoffe

Tabelle 3 — Entwicklung der Industrieproduktion in der Gemeinschaft

Schaubild B — Ergebnisse der Konjunkturbefragung in der Industrie der Gemeinschaft

Tabelle 4 — Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft

Schaubild C — Arbeitslosigkeit

Tabelle 5 — Entwicklung der Indizes der Verbraucherpreise in der Gemeinschaft

Tabelle 6 — Entwicklung der wichtigsten Gruppen von Verbraucherpreisen in der Gemeinschaft

Tabelle 7 — Entwicklung der Lohnkosten in der Gemeinschaft

Tabelle 8 — Entwicklung des Wertes von Einfuhren und Ausfuhren (Intra- und Extra-EWG)

Tabelle 9 — Entwicklung der Handelsbilanz in der Gemeinschaft

Tabelle 10 — Entwicklung der Ausgaben, Einnahmen und Nettofinanzierungssaldo der Zentralstaaten

Tabelle 11 — Entwicklung von Geldmenge und Zinssätzen in der Gemeinschaft

Schaubild D — Wechselkurse

Tabelle 1

Entwicklung volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen in der Gemeinschaft

Land	Bruttoinlandsprodukt, Volumen Veränderung in % ¹⁾				Zahl der Arbeitslosen in % der Erwerbsbevölkerung ²⁾			
	1970 bis 1974	1975	1976	1977	1970 bis 1974	1975	1976	1977
Dänemark	2,9	-1,1	4,8	1,0	1,3	5,0	5,1	6,2
Bundesrepublik Deutschland	3,6	-2,6	5,7	3,0	1,1	4,1	4,1	4,0
Frankreich	5,1	0,1	5,2	2,75	2,7	4,0	4,4	5,1
Irland	3,6	0,4	3,2	5,0	5,9	7,9	9,4	9,6
Italien	4,1	-3,5	5,6	2,0	(5,2)	(5,6)	(5,9)	(6,75)
Niederlande	4,7	-1,1	4,4	2,50	2,1	4,0	4,3	4,3
Belgien	5,2	-2,0	3,0	2,75	2,3	4,5	6,1	6,9
Luxemburg	4,1	-8,4	2,7	1,25	0	0,2	0,4	0,5
Vereinigtes Königreich	2,5	-1,7	1,6	0,5	2,8	3,9	5,2	5,9
Gemeinschaft	4,0	-1,8	4,7	2,5	(2,8)	(4,4)	(4,9)	(5,5)
Land	Implizierter Preis des privaten Verbrauchs, Veränderung in %				Leistungsbilanz (1 000 Millionen \$)			
	1970 bis 1974	1975	1976	1977	1970 bis 1974	1975	1976	1977
Dänemark	7,9	8,8	8,5	10,5	-0,5	-0,6	-2,0	-1,6
Bundesrepublik Deutschland	5,8	6,3	4,4	4,0	3,3	4,3	3,2	3,4
Frankreich	8,3	11,6	9,9	9,0	-1,1	-0,1	-5,8	-3,3
Irland	10,8	21,8	17,0	14,0	-0,3	0	-0,3	-0,5
Italien	8,7	17,6	17,5	18,5	-1,0	-0,6	-2,8	-0,3
Niederlande	8,0	10,3	9,2	7,25	1,0	1,7	2,5	1,2
Belgien	6,3	12,1	9,0	7,25	} 1,0 }	} 0,3 }	} -0,4 }	} -0,1 }
Luxemburg	6,0	10,7	9,8	7,0				
Vereinigtes Königreich	7,5	23,6	15,3	15,25	-1,2	-3,8	-2,5	-0,9
Gemeinschaft	7,8	12,8	9,9	9,5	1,1	1,4	-8,0	-2,1

¹⁾ gegenüber dem Vorjahr²⁾ Die Arbeitslosenzahlen in Klammern ergeben sich, wenn für Italien die Arbeitslosenzahlen des Arbeitsministeriums anstelle der Zahlen des ISTAT verwendet werden.

Quelle: Dienststellen der Kommission

Tabelle 2

Produktion und Handel in der Weltwirtschaft

	Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾						Volumen der Wareneinfuhren					
	Durchschnitt 1969 bis 1973 ²⁾	1974	1975	1976	1977	1978	Durchschnitt 1969 bis 1973 ²⁾	1974	1975	1976	1977	1978
Vereinigte Staaten ..	3,3	-1,7	-1,6	6,3	5,0	4,5	6,9	-3,4	-11,1	21,4	13,0	6,0
Kanada	5,3	3,2	0,5	4,7	3,0	4,0	10,0	10,0	- 5,4	6,4	4,0	6,5
Japan	9,6	-1,3	2,4	6,0	5,5	6,0	14,9	-0,7	-13,5	11,5	6,5	9,0
Andere Industrieländer (ohne Gemeinschaft)	6,0	3,7	0,6	2,4	2,5	3,5	8,9	11	- 8,0	6,5	4,0	4,5
Alle Industrieländer (ohne Gemeinschaft) ..	4,6	-0,4	-0,3	5,4	4,5	4,5	9,2	3,5	- 9,5	12,5	7,5	6,0
Gemeinschaft	4,8	1,7	-1,8	4,7	2,5	3,5	10,3	-1,5	- 5,0	14,0	3,0	5,5
Alle Industrieländer (mit Gemeinschaft) ..	4,7	0,3	-0,9	5,1	4,0	4,0	9,8	1,0	7,0	13,5	5,5	5,5
OPEC-Länder							7,4	38,0	43,0	18,0	15,0	13,0
Entwicklungsländer ..								13,0	- 4,0	3,0	8,0	6,0
Planwirtschaftsländer							8,4	10,0	6,0	3,0	3,5	4,0
Welt (ohne Gemeinschaft) ..							8,6	9,0	- 3,5	9,0	7,5	6,5
Welt (mit Gemeinschaft) ..							9,2	5,0	- 4,0	11,0	6,0	6,0

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt für die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan.²⁾ Geometrisches Mittel der Veränderungsraten im Zeitraum 1968 bis 1973.

Schaubild A

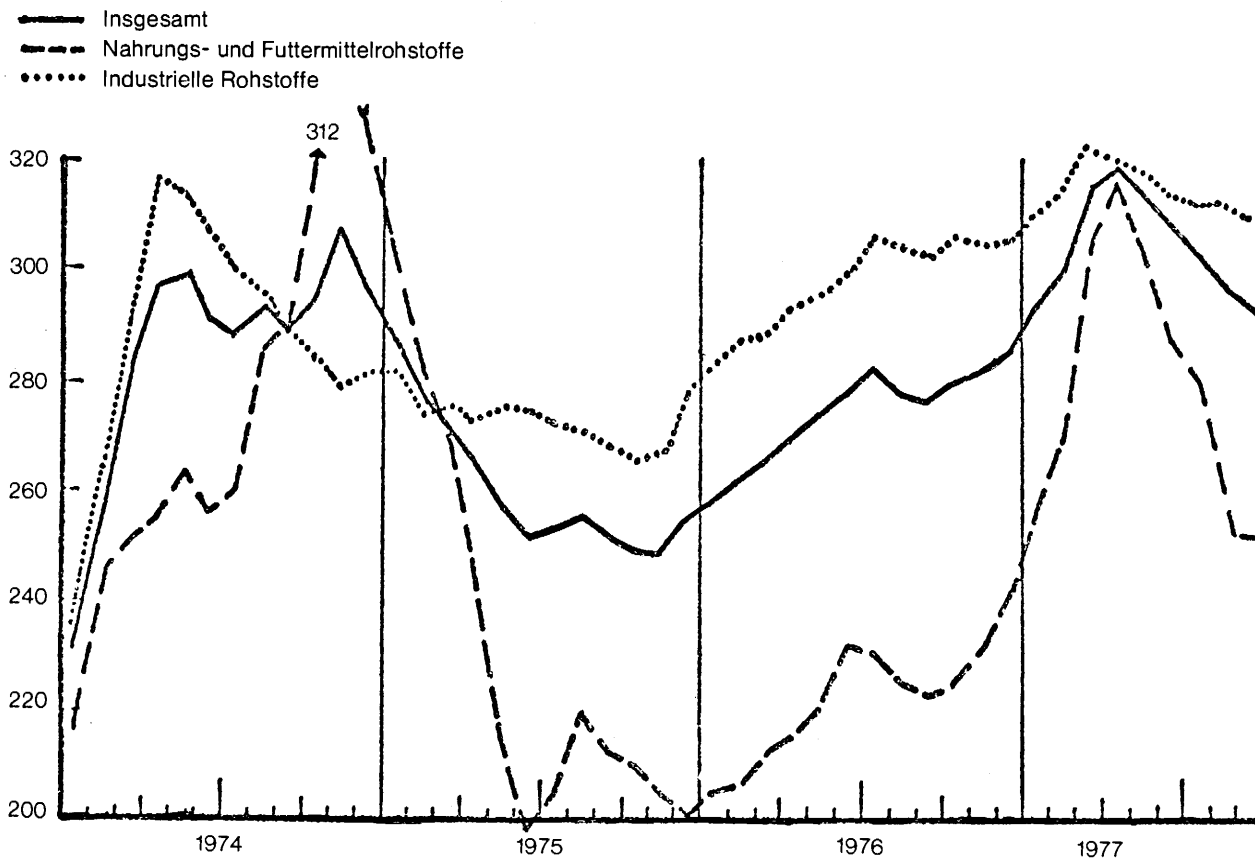
Weltmarktpreise der Rohstoffe
(in Dollar)

Tabelle 3

Entwicklung der Industrieproduktion in der Gemeinschaft

Veränderung in % gegenüber der Vorperiode

Saisonbereinigte Zahlen

	1973	1974	1975	1976	1975 .	
					III	IV
Dänemark	.	.	— 5,8	10,9	2,2	4,9
Bundesrepublik Deutschland	7,9	— 1,1	— 7,2	7,9	0,3	4,3
Frankreich	7,3	3,3	— 8,1	— 8,6	— 1,0	3,7
Irland	10,3	3,0	— 6,7	10,1	— 0,6	1,5
Italien	10,0	4,3	— 9,8	12,2	— 0,3	3,7
Niederlande	6,1	3,4	— 5,0	7,9	— 2,0	8,4
Belgien	6,3	4,0	— 10,4	8,7	— 1,0	1,5
Luxemburg	12,0	3,8	— 22,9	6,6	— 10,0	9,9
Vereinigtes Königreich	8,8	— 3,1	— 4,8	1,7	— 0,6	0,8
Gemeinschaft ..	7,7	0,6	— 7,3	7,7	— 0,5	3,9

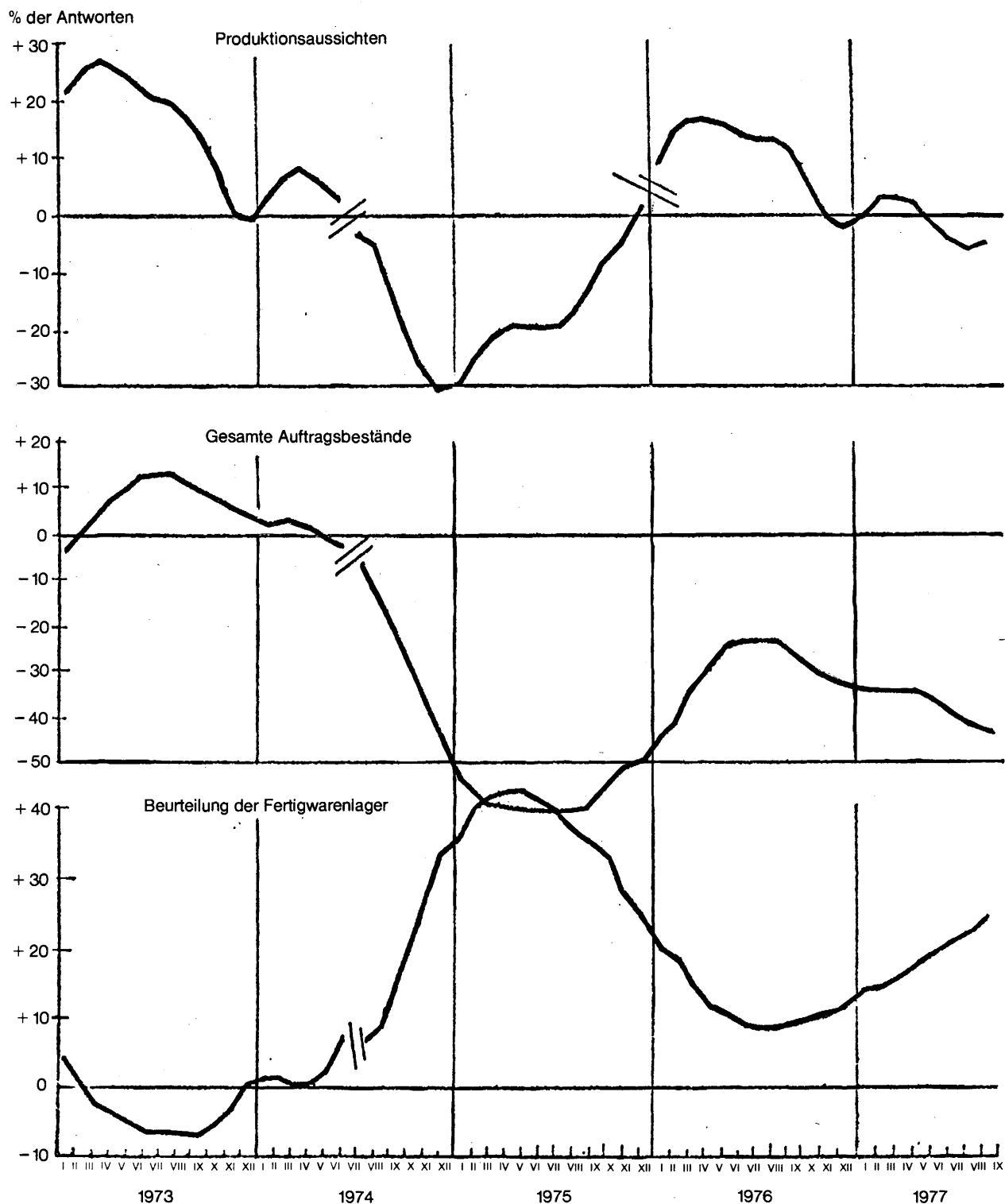
	1976				1977					Juli 1976
	I	II	III	IV	I	II	Mai	Juni	Juli	Juli 1977
Dänemark	3,7	2,3	0,4	— 0,2	2,1	— 5,6	2,4	9,9	— 9,1	3,0
Bundesrepublik Deutschland	2,8	2,4	0,4	1,6	2,1	0,0	— 2,5	0,0	1,2	5,5
Frankreich	4,8	1,5	0,6	0,6	3,3	— 2,0	— 1,8	2,3	.	(3,2)
Irland	4,8	3,0	3,4	1,5	0,5	.	.	.	.	.
Italien	4,9	4,8	0,3	6,7	1,4	— 5,7	0,3	— 5,3	— 0,6	2,9
Niederlande	1,9	1,0	1,3	1,1	0,5	— 0,0	— 3,4	— 1,5	+ 0,1	1,7
Belgien	4,9	5,3	0,1	1,7	— 0,4	0,5	0,8	— 1,5	— 4,4	2,8
Luxemburg	3,7	8,2	— 3,5	0,4	2,3	2,8	5,6	+ 0,1	— 5,5	6,1
Vereinigtes Königreich	2,6	0,2	0,0	1,8	2,9	— 2,0	0,3	— 2,8	1,2	1,7
Gemeinschaft ..	3,4	2,2	0,5	2,0	2,0	— 1,8	— 1,4	— 0,7	0,3	2,7

() = Juni 1976/Juni 1977

Quelle: EUROSTAT

Schaubild B

Ergebnisse der Konjunkturbefragung in der Industrie ¹⁾ der Gemeinschaft



¹⁾ Ohne Bauwirtschaft sowie Getränke- und Tabakwarenindustrie

Tabelle 4

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft
 Arbeitslosenquote ¹⁾ seit 1974 (Jahres oder Quartaldurchschnitt)

	1974	1975	1976	1975	1976			
				IV	I	II	III	IV
Dänemark	1,9	4,7	4,8	5,0	4,9	4,6	4,7	4,8
Bundesrepublik Deutschland	2,2	4,2	4,1	4,5	4,6	4,1	4,0	3,8
Frankreich	2,3	3,9	4,4	4,5	4,4	4,4	4,3	4,3
Irland	6,2	8,7	9,9	9,6	9,6	9,9	10,1	9,9
Italien	5,1	5,7	6,0	6,0	5,9	6,0	6,1	6,1
Niederlande	2,8	4,2	4,5	4,5	4,5	4,4	4,7	4,4
Belgien	3,1	5,3	6,8	6,4	6,4	6,6	7,0	7,1
Luxemburg	0,0	0,2	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4
Vereinigtes Königreich	2,4	3,8	5,4	4,7	5,0	5,3	5,7	5,5
Gemeinschaft	2,9	4,3	5,0	4,9	5,0	5,0	5,1	5,0
	1977							
	I	II	III	Juli	August	September		
Dänemark	5,5	5,8	:	5,9	6,0	:		
Bundesrepublik Deutschland	3,8	3,9	4,0	4,0	4,0	4,0		
Frankreich	4,5	4,8	:	5,0	5,2	:		
Irland	9,7	9,6	:	9,6	9,6	:		
Italien	6,2	6,5	:	7,1	7,2	:		
Niederlande	4,1	4,1	4,4	4,3	4,4	4,4		
Belgien	7,2	7,4	:	7,7	7,9	:		
Luxemburg	0,5	0,5	:	0,5	0,6	:		
Vereinigtes Königreich	5,5	5,6	6,1	6,1	6,0	6,1		
Gemeinschaft	5,1	5,1	:	5,6	5,6	:		

¹⁾ Zahl der registrierten Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung; saisonbereinigte Zahlen; da die Definitionen nicht vollständig übereinstimmen, sind die Arbeitslosenquoten zwischen den Ländern nicht vergleichbar.

Quelle: EUROSTAT und Dienststellen der Kommission

Tabelle 5

Entwicklung der Indizes der Verbraucherpreise in der Gemeinschaft

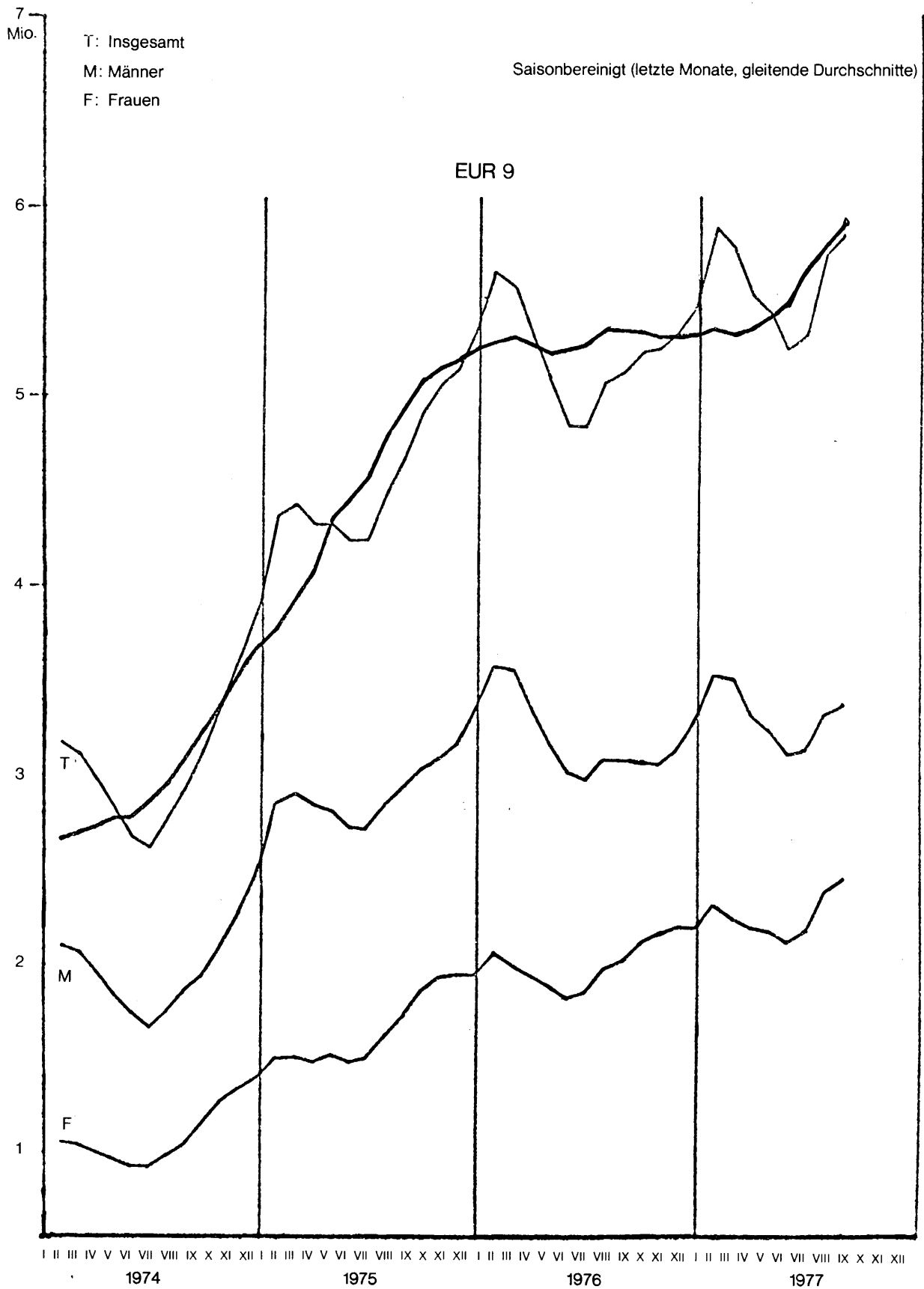
	Veränderung gegenüber der Vorperiode in %							
	1973	1974	1975	1976	1976			
					III	IV		
Dänemark	9,3	15,3	9,6	9,0	1,5	3,9		
Bundesrepublik Deutschland	7,0	7,0	5,9	4,6	0,1	0,5		
Frankreich	7,3	13,6	11,7	9,6	2,3	2,6		
Irland ¹⁾	11,4	17,0	20,9	17,9	1,5	4,2		
Italien	10,8	19,2	17,0	16,7	2,8	6,4		
Niederlande	8,1	9,8	9,9	8,9	0,7	2,5		
Belgien	6,1	12,7	12,8	9,2	1,9	1,7		
Luxemburg	6,1	9,5	10,8	9,8	1,6	1,8		
Vereinigtes Königreich	9,2	16,0	24,2	16,5	2,3	4,6		
Gemeinschaft	8,2	13,0	13,4	11,0	1,6	3,0		
	Veränderung gegenüber der Vorperiode in %					Veränderung in Jahresraten in den		
	1977					zwölf	sechs	drei
	I	II	Juni ¹⁾	Juli	August	letzten Monaten ³⁾		
Dänemark	2,3	3,2	0,5	0,7	0,9	11,6	12,7	8,4
Bundesrepublik Deutschland	1,9	1,4	0,5	-0,1	-0,1	3,9	3,1	1,1
Frankreich	1,6	3,0	0,8	0,9	0,5	9,9	11,2	9,4
Irland ¹⁾	3,8	3,8	:	:	1,1 ²⁾	13,5	10,0	4,5
Italien	4,7	3,6	0,9	0,6	0,9	18,6	12,6	9,1
Niederlande	0,7	2,9	0,2	-0,2	0,4	6,9	6,9	1,6
Belgien	2,0	1,6	0,6	0,3	0,3	7,1	5,6	5,2
Luxemburg	2,3	1,6	0,5	0,5	-0,3	6,1	4,2	2,4
Vereinigtes Königreich	5,0	4,4	1,0	0,1	0,5	16,4	12,5	6,8
Gemeinschaft	2,9	3,0	0,7	0,3	0,4	11,6	9,6	5,9

¹⁾ vierteljährlicher Index²⁾ vierteljährliche Veränderung³⁾ bis August

Quelle: EUROSTAT

Schaubild C

Arbeitslosigkeit – Unemployment – Chomage



Quelle: Source; EUROSTAT

Tabelle 6

Entwicklung der wichtigsten Gruppen von Verbraucherpreisen in der Gemeinschaft

Veränderung gegenüber der gleichen Vorjahresperiode in %

	Insgesamt					Nahrungsmittel				
	1974	1975	1976	1977		1974	1975	1976	1977	
				Januar Juli	Juli				Januar Juli	Juli
Dänemark	15,3	9,6	9,0	10,6	11,4	12,1	10,0	11,1	14,6	17,5
Bundesrepublik Deutschland ...	7,0	5,9	4,6	4,0	4,3	5,0	5,4	5,4	4,5	5,5
Frankreich	13,6	11,7	9,6	9,5	10,1	12,3	11,2	10,7	12,9	15,3
Irland	17,0	20,9	17,9	15,3	14,0	14,5	20,9	16,8	16,2	15,1
Italien	19,2	17,0	16,7	20,0	18,8	18,7	18,5	17,5	20,9	21,1
Niederlande	9,8	9,9	8,9	7,3	7,4	6,0	7,7	9,6	7,9	8,9
Belgien	12,7	12,8	9,2	7,5	7,2	9,3	11,4	12,5	7,5	7,0
Luxemburg	9,5	10,8	9,8	7,7	7,2	9,1	10,5	17,6	7,9	7,8
Vereinigtes Königreich	16,0	24,2	16,5	17,0	17,5	16,5	25,1	19,4	20,7	22,0
Gemeinschaft ...	13,0	13,8	11,3	11,9	12,1	11,9	14,0	12,9	14,2	15,4
	Güter (ohne Nahrungsmittel)					Dienstleistungen				
	1974	1975	1976	1977		1974	1975	1976	1977	
				Januar Juli	Juli				Januar Juli	Juli
Dänemark	19,1	7,8	7,3	7,9	7,4	14,8	12,7	7,9	10,3	11,2
Bundesrepublik Deutschland ...	8,7	5,9	3,8	3,4	3,6	7,5	6,5	4,8	4,7	4,8
Frankreich	16,0	11,5	7,8	7,1	7,5	12,5	13,2	12,0	10,2	9,8
Irland	23,0	21,4	15,3	15,2	15,2	14,1	22,9	24,6	14,7	12,1
Italien	25,5	14,3	16,9	22,6	19,8	14,2	20,1	16,6	17,0	15,7
Niederlande	10,8	10,1	8,3	5,9	5,6	9,1	12,7	10,3	8,9	8,8
Belgien	14,0	11,3	5,8	5,6	5,7	14,3	15,0	10,3	11,2	11,0
Luxemburg	10,0	10,7	5,8	5,6	5,3	9,9	12,5	11,9	10,7	9,1
Vereinigtes Königreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Gemeinschaft ...	15,1	10,1	8,7	9,7	9,3	11,0	12,5	10,5	10,1	9,7

: Angaben nicht verfügbar

Quelle: EUROSTAT

Tabelle 7

Entwicklung der Lohnkosten in der Gemeinschaft (1974 bis 1977)

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

Land	Einkommen je beschäftigten Arbeitnehmer				Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft			
	1974	1975	1976	1977	1974	1975	1976	1977
Dänemark	18,5	15,0	11,7	8,0	17,0	13,7	8,8	6
Bundesrepublik Deutschland	12,1	7,7	8,0	6,9	9,5	7,0	1,7	4,0
Frankreich	17,2	17,7	14,7	11,8	13,4	17,6	9,7	9,1
Irland	17,9	24,6	20,8	13,5	18,2	29,2	14,3	10,0
Italien	23,0	19,7	21,3	22	20,7	25,6	16,1	20,3
Niederlande	15,8	13,4	10,8	7,7	11,5	14,3	6,0	5,5
Belgien	16,2	15,4	12,1	10,0	14,6	16,2	6,9	6,3
Luxemburg	22	12,5	10,0	10,3	21,8	23,7	5,6	8,2
Vereinigtes Königreich	21,3	30,8	14,8	10,5	21,6	32,9	12,1	10,0
Gemeinschaft	17,1	16,7	12,8	11,0	15,5	17,4	7,6	8,5

Quelle: Dienststellen der Kommission

Tabelle 8

**Entwicklung des Wertes von Einfuhren und Ausfuhren
(Intra- und Extra-EWG)**

Jährliche Veränderung in %

	Anteil in % Intra oder Extra ²⁾)		Einfuhren									
			1974		1975		1976		1977 ³⁾)			
									1. Vierteljahr		2. Vierteljahr	
	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra
Dänemark	3,3	3,5	27,8	29,5	4,8	3,1	23,7	17,2	— 8,5	13,4	— 4,3	— 15,1
Bundesrepublik Deutschland	24,2	23,1	17,9	39,1	12,1	5,8	13,2	19,4	19,7	— 5,1	— 2,0	0,4
Frankreich	18,2	17,7	22,8	67,9	4,8	— 0,1	21,3	17,9	2,4	2,4	1,6	— 1,6
Irland	1,9	0,8	30,5	53,6	0,0	— 3,9	12,1	10,9	108,0	— 2,8	10,4	7,0
Italien	12,6	15,1	28,2	66,2	— 5,4	— 7,4	15,6	12,8	— 9,3	— 0,8	26,7	25,8
Niederlande	13,8	9,1	27,9	48,7	4,4	6,6	11,1	18,8	— 22,3	44,3	28,6	— 28,6
BWU	14,3	6,5	26,8	56,8	3,3	— 0,7	18,1	15,1	18,8	37,6	10,0	— 7,4
Vereinigtes Königreich	11,7	24,2	27,8	45,2	6,1	— 5,2	4,8	6,1	84,8	— 3,9	21,6	23,4
Gemeinschaft	100	100	24,3	50,7	5,2	— 0,4	14,6	14,7	10,0	4,1	7,0	— 2,8
Anteil in %			46,9	53,1	48,0	52,0	48,2	51,8	48,5	51,5	48,9	51,1

	Anteil in % Intra oder Extra ²⁾)		Ausfuhren									
			1974		1975		1976		1977 ³⁾)			
									1. Vierteljahr		2. Vierteljahr	
	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra	Intra	Extra
Dänemark	2,4	3,2	17,9	30,8	17,7	8,8	6,5	3,5	16,1	36,0	— 15,4	— 18,2
Bundesrepublik Deutschland	28,8	36,1	27,4	39,3	— 1,5	4,0	17,4	7,6	10,8	— 1,6	0,8	17,0
Frankreich	17,4	15,8	22,2	37,6	4,6	22,7	7,3	4,7	20,2	12,6	— 0,4	23,9
Irland	1,4	0,5	22,0	35,5	28,6	— 4,4	0,1	23,2	13,4	45,3	34,5	63,0
Italien	9,9	12,2	24,1	50,1	13,4	14,9	13,6	1,5	11,2	15,2	45,9	64,2
Niederlande	16,8	7,1	34,2	46,2	6,6	5,5	16,3	10,4	5,7	— 29,4	— 0,4	— 3,2
BWU	14,1	6,2	20,8	41,5	2,4	— 0,6	20,3	2,8	10,0	17,9	— 2,8	40,6
Vereinigtes Königreich	9,2	18,9	30,7	24,9	9,5	14,9	16,9	1,0	45,3	41,7	32,6	34,5
Gemeinschaft	100	100	26,2	37,5	4,8	10,3	15,4	4,9	11,7	9,1	3,2	18,8
Anteil in %			50,7	49,3	49,1	50,9	51,6	48,4	51,9	48,1	51,0	49,0

¹⁾ auf US-\$ Basis

²⁾ 1974

³⁾ saisonbereinigte Zahlen; vierteljährliche Veränderung auf Jahresbasis

Quelle: EUROSTAT und Dienststellen der Kommission

Tabelle 9

Entwicklung der Handelsbilanz in der Gemeinschaft

Millionen US-\$ saisonbereinigte Zahlen

	1973	1974	1975	1976	1975		1976			
					III	IV	I	II	III	IV
Dänemark	-1 584	- 2 306	-1 348	-3 188	- 371	- 555	- 663	- 726	- 819	- 981
Bundesrepublik Deutschland	12 976	20 260	15 448	12 994	3 302	3 131	3 075	3 131	3 314	3 473
Frankreich	-1 428	- 7 141	-1 894	-8 291	- 174	-1 202	-1 460	-1 480	-2 400	-2 951
Irland	- 684	- 1 211	- 609	- 857	- 88	- 132	- 274	- 163	- 207	214
Italien	-5 661	-11 042	-3 161	-6 216	- 509	-1 266	-1 370	-1 747	-1 179	-1 920
Niederlande	- 431	- 145	- 745	-1 170	- 190	- 61	122	- 598	- 241	- 453
BWU	362	- 1 631	- 894	- 717	- 449	- 355	- 212	- 243	- 209	- 52
Vereinigtes Königreich	-8 555	-15 985	-9 642	-9 370	-2 623	-1 895	-1 617	-2 395	-2 635	-2 723
Gemeinschaft	-4 592	-20 549	-4 504	19 476	-1 344	-2 784	-3 321	-4 784	-5 071	-6 299
1977										
	I			II			Juli	August		
	Intra	Extra	Gesamt	Intra	Extra	Gesamt	Gesamt, in Quartals- zahlen			
Dänemark	-443	- 392	- 835	-472	- 387	- 857	- 790	- 909		
Bundesrepublik Deutschland	971	2 480	3 451	993	3 113	4 106	2 586	4 463		
Frankreich	-860	-1 658	-2 518	-904	-1 217	-2 121	-1 797	-1 647		
Irland	-211	- 122	- 333	-179	- 97	- 276	- 164	- 210		
Italien	-189	-1 322	-1 511	- 13	- 932	- 945	- 232	198		
Niederlande	1 769	-2 441	- 672	1 387	-2 176	- 689	- 480	:		
BWU	469	- 814	- 345	268	- 573	- 305	279	:		
Vereinigtes Königreich	-752	-1 579	-2 331	-681	-1 443	-2 124	-1 400	- 673		
Gemeinschaft	836	-5 483	-4 647	426	-3 545	-3 121	-1 583	:		

1) Gemeinschaft: außergemeinschaftlicher Handel

Quelle: EUROSTAT und Dienststellen der Kommission

Tabelle 10

**Entwicklung der Ausgaben, Einnahmen und Nettofinanzierungssaldo
der Zentralstaaten**

	Ausgaben		Einnahmen		Nettofinanzierungssaldo			
	Zunahme in %				Nationale Währung 1)		In % des BIB	
	1976	1977	1976	1977	1976	1977	1977	1976
Dänemark 2)	11,5	11	18	10	— 6,7	— 8,0	— 2,8	— 3,1
Bundesrepublik Deutschland	5	6	10,5	10,5	— 44,0	— 34,5	— 3,9	— 2,9
Frankreich	12	11	20	13,5	— 17,2	— 17,0	— 1,0	— 0,9
Irland	17	19	35	20,6	— 490	— 560	— 11,0	— 10,5
Italien	31,5	34	32	46,5	— 13 988	— 10 100	— 9,8	— 5,8
Niederlande	16	11	17,5	12	— 7,5	— 7,7	— 3,2	— 3,0
Belgien	16	16	13,5	15	— 151,5	— 183,5	— 5,9	— 6,5
Luxemburg	19	14	15	10	— 0,1	— 1,3	— 0,1	— 1,4
Vereinigtes Königreich 2)	8	13,5	18	13	— 5 800	— 6 700	— 4,8	— 4,8

¹⁾ Mrd. Dkr, DM, FF; Millionen £; Mrd. Lit. Fl, Fb, Flux; Millionen £.²⁾ Haushaltsjahre 1976/77, 1977/78

Quelle: Dienststellen der Kommission

Tabelle 11

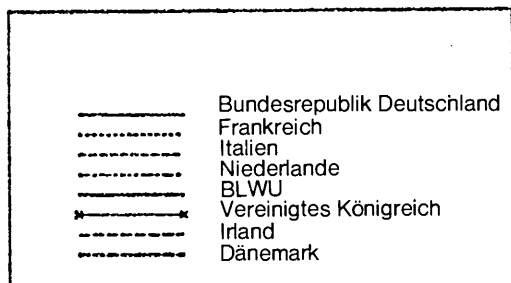
Entwicklung von Geldmenge und Zinssätzen in der Gemeinschaft

	Geldmenge ¹⁾				Kurzfristige Zinssätze ²⁾				Langfristige Zinssätze ³⁾			
	De- zem- ber 1975	De- zem- ber 1976	März 1977	letzter bekann- ter Monat	De- zem- ber 1975	De- zem- ber 1976	März 1977	letzter bekann- ter Monat	De- zem- ber 1975	De- zem- ber 1976	März 1977	letzter bekann- ter Monat
Dänemark ²⁾	25,1	11,5	9,0	8,5 ⁵⁾	8,0	13,50	13,5	18,0 ⁹⁾	13,2	15,2	15,5	15,8 ⁹⁾
Bundesrepublik Deutschland	8,6	8,4	9,3	9,9 ⁵⁾	3,9	5,0	4,5	4,0 ⁵⁾	8,6	7,4	7,0	6,1 ⁵⁾
Frankreich	15,9	12,8	12,3	8,7 ⁴⁾	6,5	10,4	9,7	8,6 ⁵⁾	10,2	11,0	10,9	11,0 ⁹⁾
Irland	20,7	14,3	15,3	15,4 ⁶⁾	10,9	14,8	10,8	7,6 ⁸⁾	14,6	15,5	12,7	13,6 ⁸⁾
Italien	23,5	22,3	21,7	23,4 ⁴⁾	8,3	16,8	16,5	13,4 ⁴⁾	10,5	14,2	14,8	14,4 ⁹⁾
Niederlande	5,7	22,7	24,4	14,8 ⁸⁾	4,4	6,4	5,5	2,7 ⁵⁾	7,7	7,5	7,6	6,7 ⁵⁾
Belgien	17,2	13,4	12,4	12,4 ⁷⁾	3,9	7,4	5,5	5,0 ⁵⁾	8,5	9,3	9,1	8,6 ⁵⁾
Vereinigtes Königreich ²⁾	7,9	11,9	6,4	6,4 ⁵⁾	10,2	13,8	9,7	6,7 ⁴⁾	14,8	15,5	13,3	13,1 ⁵⁾

¹⁾ M2; Vereinigtes Königreich, Irland und Bundesrepublik Deutschland: M3; Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in %²⁾ Tagesgeldsätze; Monatsdurchschnitt; Dänemark: Monatsultimo³⁾ Anleihenzinsen⁴⁾ Juli⁵⁾ August⁶⁾ Mai⁷⁾ März⁸⁾ Juni⁹⁾ September

Quelle: Dienststellen der Kommission

Schaubild D

**Wechselkurse**

(gewogene Veränderung gegenüber dem ersten Quartal 1972; Gewichtung nach der Exportstruktur)

